

2010 das Jahr der Reformen

Bildung, Staatshaushalt, Sozialsysteme: Erbprinz Alois sieht viel Handlungsbedarf

VADUZ – Erbprinz Alois erwartet für 2010 ein noch schwierigeres Jahr als 2009. Im grossen «Volksblatt»-Interview zum Jahreswechsel ruft er Politik und Bevölkerung zu umfangreichen Reformen auf.

• Michael Benvenuti

«Für die Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner wünsche ich mir, dass sie im kommenden Jahr die Weitsicht und Bereitschaft haben, teilweise unpopuläre, aber für die Zukunft des Staates entscheidende Reformen mitzutragen», sagt Erbprinz Alois im Gespräch mit dem «Volksblatt». Um den Staatshaushalt wieder auf Vordermann zu bringen, brauche es einschneidende Massnahmen: «Wenn wir in den nächsten 4 Jahren 160 Millionen Franken sparen wollen und müssen, wird dies nicht ohne spürbare Abstriche bei einzelnen Bürgern möglich sein.»

Weg vom Giesskannenprinzip

Den sozialen Frieden im Land sieht der Erbprinz durch ehrgeizige Sparpläne – auch bei den Sozialleistungen – aber nicht gefährdet: «Die Menschen in Liechtenstein waren in der Vergangenheit zweifellos sehr verwöhnt.» So zeige etwa ein Vergleich mit der Schweiz, dass Liechtenstein über ein besonders grosszügiges Versorgungssystem verfüge. Und der Schweiz könne man nun wirklich nicht vorwerfen, dass sie ihre Bürger vernachlässige. Als konkrete Beispiele für liechtensteinische Luxuslösungen nennt Erbprinz Alois den mittlerweile auf 57 Millionen Franken angewachsenen OKP-Staatsbeitrag, den 13. Monatslohn bei der AHV oder auch die «grosszügigen Bedingungen» für Frührentner.



«Wir sollten bei den Sozialsystemen die Treffsicherheit verbessern», fordert S. D. Erbprinz Alois.

Ziel der Politik müsse es sein, die Sozialleistungen nicht einfach zu reduzieren, sie müsse vielmehr «die Gelegenheit wahrnehmen, unsere Sozialsysteme in Richtung mehr Treffsicherheit zu verbessern». Also weg vom bisher praktizierten Giesskannenprinzip. Dies würde es erlauben, die nötigen Einsparungen zu erreichen, ohne dass jene, die die sozialen Leistungen am meisten brauchen, zu sehr unter den Einsparungen zu leiden hätten, ist Erbprinz Alois überzeugt.

Neben der Reform der Sozialsysteme wird sich die Regierung im kommenden Jahr mit zahlreichen weiteren grossen Aufgaben beschäftigen müssen, fordert der Thronfol-

ger: der Steuerreform, weiteren Steuerabkommen, der Verwaltungsreform und nicht zuletzt mit dem Neustart der Schulreform. Nach dem Nein der Stimmbürger Ende März 2009 zu SPES sollte die Regierung möglichst bald eine vom Schulamt, SPES-Befürwortern und SPES-Gegnern unabhängige Projektleitung einsetzen.

Staatskirchenrecht stockt

Der Erbprinz spricht sich weiter für eine phasenweise Umsetzung der Schulreform aus: «Einfache Reformen, die wenig Vorbereitung brauchen und über die bereits ein breiter Konsens besteht, sollten möglichst bald erfolgen.» Die auf-

wendigeren Reformschritte könnten dann zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden.

Wenig Hoffnung besteht laut Erbprinz hingegen auf eine baldige Reform des Staatskirchenrechts: «Ich habe den Eindruck, dass der jetzige Reformvorschlag keinen ausreichenden Rückhalt bei den Parteien, den Gemeinden, aber auch bei der katholischen Kirche genießt.»

Wahrscheinlich werde eher eine Lösung gefunden, wenn die Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen auf das Nötigste beschränkt und gleichzeitig mit den verschiedenen Religionsgemeinschaften die verbleibenden Fragen vertraglich geregelt würden.

Seiten 4/5